

**Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften
und Denkmalpflege
am 31.05.2016
um 17:00 Uhr bis 17:45 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Ernst Otto Mähler

Stellvertretender Vorsitz

Herr Jürgen Kucharczyk

Ratsmitglieder

Herr Fritz Beinersdorf
Herr Kurt-Peter Friese
Herr Mathias Heidtmann
Herr Heinz Jürgen Heuser
Herr Kai Kaltwasser
Frau Rosemarie Stippe Kohl
Herr Peter-Edmund Uibel

für Herrn Klaus Küster
ab 17:10 Uhr - TOP 3.1
für Frau Gabriele Kemper-Heibutzki

für Herrn Ralf Eugen Wieber

Sachkundige Bürger/innen

Herr Florian Böker
Herr Michael Büddicker
Herr Klaus Grunwald
Herr Lars Jochimsen
Herr Sigmar Paeslack
Herr Hans Lothar Schiffer
Herr Philipp Veit

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Bernhard Grunau
Herr Domenico Larocca
Herr Klaus Lellek

Referatsleiter

Herr Robin Denstorff

Referat Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaftsförderung

von der Verwaltung

Herr Thomas Judt
Herr Wolfgang Putz
Herr Frank Schulz

Fachdienst 1.28 - Gebäudemanagement
Fachdienst 3.31 - Umwelt
Fachdienst 0.12 - Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften

Frau Sabine Strüwe Rosenbaum

Fachdienst 0.62 - Bauen, Vermessung und Kataster

Schriftführer/in

Herr Hans-Ulrich Dattner

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglieder

Frau Gabriele Kemper-Heibutzki
Herr Klaus Küster
Herr Ralf Wieber

Sachkundige Bürger/innen

Herr Alexander Ernst

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Martin Klück

vom Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung

Frau Elfriede Korff

Tagesordnung

- 1 Änderung/Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 19.04.2016
- 3 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 3.1 15/2491 Schließung Güterbahnhöfe; Sanierung Rauenthaler Tunnel
- Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt
- 4 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- Teil 1 -
- 4.1 Bestandsaufnahme in den ehemaligen Notunterkünften für Flüchtlinge
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 1 -
- 5.1 Nutzung der Container-Kita Am Stadtpark auf Dauer?
- Anfrage Herr Mähler
- 6 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- Teil 2 -
- 6.1 Bauvorhaben zur baulichen Erweiterung des Café Barista, Theodor-Heuss-Platz
- 7 Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 8 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 9 Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 9.1 15/2441 Autobrücke Intzestraße auf Stabilität prüfen
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt
- 10 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 2 -
- 10.1 Bauvorhaben zur Errichtung eines Altenpflegeheimes an der Königstraße
- Sachstand?
- Anfrage Frau Stippekoehl
- 10.2 Mangelhafter Zustand der Denkmäler im Stadtpark
- Mitteilung Herr Beinersdorf
- 10.3 Bebauungsplan Nr. 566 - Gebiet östlich Büchelstraße, nördlich und südlich Baumschulenweg; hier: Realisierung?
- Anfrage Herr Mähler

- 10.4** Straßenausbaumaßnahmen Ringstraße und Verkehrsknotenpunkt Trecknase; hier: Ausweichroute über Buchholzer Weg / Buchholzen
- Anfrage Herr Mähler
- 11** 15/2256 Beschluss des Lärmaktionsplans der 2. Stufe für das Stadtgebiet Remscheid
- 12** 15/2153 Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung – Bereich: Kratzberger Straße / Hohenbirker Straße
1. Beschluss über die Aufstellung des Fluchtlinienplan K 17/I
1. Änderung
(gem. §§ 2 BauGB i.V.m. 13 BauGB)
 2. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
(gem. §§ 3 (1) BauGB i.V.m. 13 (2) BauGB)
 3. Verzicht auf frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gem. §§ 4 (1) i.V.m. 13 (2) BauGB)
 4. Offenlagebeschluss
(gem. §§ 3 (2), 4 (2) i.V.m. § 13 BauGB)
- 13** 15/2308 Bauvorhaben 00417-16-120 – Anbau einer Balkonanlage an ein Mehrfamilienwohnhaus in der Neuenkamper Straße 36
hier: Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 69
- 14** 15/2262 Erhaltungssatzung für den Bereich Remscheid-Hasten, Teilbereich A; Hastener Straße 55;
Nutzungsänderung Einzelhandelsgeschäft in Pizzeria/Imbiss
- 15** 15/2387 Rundwanderweg Eschbachtalsperre - Anfrage von Herrn Friese in der Sitzung am 23.02.2016
- 16** 15/2400 Durchführung einer Veranstaltung
hier: Nutzung des Jahnplatzes in Remscheid-Lennep zur Durchführung eines Schützenfestes (Kirmes und Trödelmarkt)
- 17** 15/2473 Vermarktung der für ihre ursprünglich geplanten Zwecke nicht mehr benötigten städtischen Grundstücke – Anfrage von Herrn Paeslack

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Dem Ausschuss liegt per Nachtrag zugestellt die Drucksache 15/2443 vom 18.05.2016 zur Beratung vor.

Ferner liegen dem Ausschuss per Tischvorlage eingebracht die Drucksache 15/2491 vom 30.05.2016, die Drucksache 15/2387 vom 24.05.2016, die Drucksache 15/2400 vom 25.05.2016, die Drucksache 15/2473 vom 25.05.2016, die Drucksache 15/2416 vom 17.05.2016 und die Drucksache 15/2445 vom 25.05.2016 zur Beratung vor.

Herr Mähler lässt daraufhin über die Aufnahme der von der Verwaltung neu angemeldeten Punkte in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

- 15/2387
Rundwanderweg Eschbachtalsperre - Anfrage von Herrn Friese in der Sitzung am 23.02.2016
- 15/2400
Durchführung einer Veranstaltung; hier: Nutzung des Jahnplatzes in Remscheid-Lennep zur Durchführung eines Schützenfestes (Kirmes und Trödelmarkt)
- 15/2473
Vermarktung der für ihre ursprünglich geplanten Zwecke nicht mehr benötigten städtischen Grundstücke – Anfrage von Herrn Paeslack
- 15/2443
Temporärer Brandschutz an Remscheider Schulen - Anfrage Frau Stippe Kohl vom 23.02.2016
- 15/2416
Verkauf Objekt Auf'm Heidchen
- 15/2445
Verkauf Fichtenstraße 85

erweitert.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Tagesordnung zur Kenntnis.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 19.04.2016

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

3. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

3.1. Schließung Güterbahnhöfe; Sanierung Rauenthaler Tunnel - Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Vorlage: 15/2491

Herr Kucharczyk greift die jüngsten Meldungen über eine von Seiten der Deutschen Bahn (DB) AG offenbar geplante Schließung von Güterbahnhöfen und hier konkret die in den Raum gestellte Abkopplung von zwei Remscheider Metallschrotthändlern vom Schienennetz der DB auf und übt scharfe Kritik sowohl an der Vorgehensweise als auch an der Intention der DB, den schienengebundenen Güterverkehr zurückzufahren. Herr Kucharczyk sieht hier die Gefahr, dass Güter von der Schiene zurück auf die Straße gebracht werden sollen. Dies stehe aber in krassstem Widerspruch zu dem seit Langem verfolgten verkehrspolitischen Ziel, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Aus diesem Grunde sei es aus seiner Sicht angeraten, dass die Politik hier frühzeitig reagiere und gegen eine solche Entwicklung deutlich Position beziehe.

Frau Stippe Kohl schlägt hierzu vor, die Verwaltung zu bitten, sich mit den beiden hier betroffenen Unternehmen in Verbindung zu setzen und sie bei der Wahrnehmung ihrer Interessen aktiv zu unterstützen und beispielsweise gemeinsam mit ihnen die weiteren Verhandlungen mit der DB zu führen. Hierbei könne die Verwaltung dann zugleich auch zum Ausdruck bringen, dass es erklärter Wunsch und Wille der Politik sei, dass diese Unternehmen ihre vorhandenen Gleisanschlüsse auch weiterhin nutzen können.

Herr Denstorff nimmt zu den Ausführungen Stellung und bestätigt in Beantwortung der vorliegenden Anfrage der SPD-Fraktion, dass die Verwaltung über die in Rede stehende Überlegung und Absicht der Deutschen Bahn zur Schließung besagter Gleisanschlüsse nicht vorab informiert worden sei, sondern erst durch die Medien hiervon erfahren habe. Im Übrigen teile die Verwaltung die dargelegte Auffassung der Politik und werde sich deshalb gemeinsam mit den Unternehmen gegenüber der Deutschen Bahn dafür einsetzen, dass besagte Gleisanschlüsse auch weiterhin für den Güterverkehr verfügbar bleiben.

Zum zweiten Teil der Anfrage führt Herr Denstorff aus, dass die Deutsche Bahn, so das Ergebnis der jüngsten Recherchen der Verwaltung, in Abstimmung mit dem Eisenbahn-Bundesamt (EBA) im Juli/August diesen Jahres Erkundungsbohrungen durchführen lasse. Die Ergebnisse und die sich daraus ergebenden technischen Rahmenbedingungen sollten nach derzeitiger Planung im November diesen Jahres vorliegen, so dass man dann das weitere Verfahren zwischen DB und EBA werde abstimmen können.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung - Teil 1 -

4.1. Bestandsaufnahme in den ehemaligen Notunterkünften für Flüchtlinge

Herr Judt informiert über die bei der gemeinsamen Begehung mit Vertretern der Bezirksregierung gewonnenen Erkenntnisse der Verwaltung über den Zustand der inzwischen aufgegebenen drei Notunterkünfte in den ehemaligen Schulen Pestalozzi, Hölterfeld und Kremenholz (heutige Dependence des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs) und berichtet, dass sich die hier

festgestellten Schäden erfreulicherweise in engen Grenzen halten und mit relativ geringem Aufwand behoben werden könnten. Lediglich in der Turnhalle der ehemaligen Pestalozzi-Schule, die vorübergehend als Mensa gedient hatte, sei mit dem geplanten Einbau eines neuen Oberbodens während der Sommerferien eine größere Reparatur auszuführen. Trotzdem stünde diese Halle wie auch die übrigen Sporthallen wieder für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung.

Auf Nachfrage von Frau Stippekoehl erklärt Herr Judt, dass die Verwaltung das für die Betreuung der Flüchtlinge auf Rechnung des Landes angeschaffte noch nutzbare Inventar wie Betten, Matratzen, Waschmaschinen und Wäschetrockner für „kleines Geld“ vom Land erwerben und an anderer Stelle weiter nutzen oder für zukünftige Bedarfsfälle einlagern wolle.

Auf Nachfrage von Herrn Mähler bestätigt Herr Judt, dass die ersten der in dem ehemaligen Fabrikgebäude an der Oberhölterfelder Straße eingerichteten Wohnungen für Flüchtlingsfamilien in Kürze bezogen werden sollen.

Der Ausschuss nimmt die Berichterstattung der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 1 -

5.1. Nutzung der Container-Kita Am Stadtpark auf Dauer? - Anfrage Herr Mähler

Herr Mähler bittet die Verwaltung um Auskunft, ob und inwieweit daran gedacht sei, die Container-Kita Am Stadtpark, die bekanntlich nur übergangsweise als temporärer Ersatz für die wegen hygienischer Mängel geschlossene Kindertageseinrichtung an der Eberhardstraße hier errichtet und in Betrieb genommen worden sei, nach Umzug der Kinder in die neu gebaute Kindertagesstätte am Holscheidsberg weiterhin in Betrieb gehalten werden soll, um so den – so sein Kenntnisstand – wachsenden Bedarf an Kindergartenplätzen abdecken zu können.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung - Teil 2 -

6.1. Bauvorhaben zur baulichen Erweiterung des Café Barista, Theodor-Heuss-Platz

Herr Denstorff gibt die von der Verwaltung erbetenen Auskünfte und teilt mit, dass die Verwaltung die für das Bauvorhaben zur baulichen Erweiterung des Café Barista notwendige Baugenehmigung erteilt habe. Die in diesem Zusammenhang geplante Lager-Box sei inzwischen aufgestellt und in Betrieb genommen. Die weiterhin geplante Überdachung des Terrassenbereichs zum Treppenabgang Tiefgarage hin wolle der Bauherr im Herbst diesen Jahres ausführen lassen.

Der Ausschuss nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**9.1. Autobrücke Intzestraße auf Stabilität prüfen
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt
Vorlage: 15/2441**

Herr Denstorff nimmt zu vorliegendem Antrag der CDU-Fraktion Stellung und berichtet, dass die Autobrücke Intzestraße alle drei Jahre untersucht werde. Im Rahmen dieser Brückenprüfung werde auch jeweils die Standsicherheit beurteilt. Zuletzt habe man der Brücke am 28.08.2014 ihre Standsicherheit bescheinigt. Die nächste Prüfung werde turnusmäßig im Sommer 2017 stattfinden. Insoweit sei aus Sicht der Verwaltung eine gesonderte Inaugenscheinnahme wie beantragt nicht erforderlich.

Herr Mähler weist an dieser Stelle darauf hin, dass sich die Bezirksvertretung 2 – Süd bekanntlich in ihrer jüngsten Sitzung ebenfalls mit der Thematik der Entlastung und Sanierung der Brücke Intzestraße befasst und hier die Verwaltung gebeten habe zu prüfen, inwieweit die Brücke durch einen Durchstich von der Intzestraße zur Lenneper Straße entlastet und wie die Fußgängerbrücke saniert werden könnte. Vor diesem Hintergrund schlägt Herr Mähler vor, die Verwaltung zu bitten, ihren diesbezüglichen Untersuchungsbericht auch dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben. Darüber hinaus sei seines Erachtens eine Abstimmung über den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion mit Blick auf die Ausführungen der Verwaltung zur regelmäßig wiederkehrenden Brückenprüfung verzichtbar.

Beratungsergebnis:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur regelmäßig wiederkehrenden Brückenprüfung der Autobrücke Intzestraße zur Kenntnis. Zugleich richtet der Ausschuss die Bitte an die Verwaltung, ihm den Untersuchungsbericht über die ihr von der Bezirksvertretung 2 – Süd am 27.04.2016 in Auftrag gegebenen Prüfung einer Entlastung der Brücke über die Bahngleise an der Intzestraße durch einen Durchstich von der Intzestraße zur Lenneper Straße sowie einer Sanierung der Fußgängerbrücke an der Intzestraße nach seiner Fertigstellung ebenfalls zur Kenntnis zu geben.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zur Kenntnis, nachdem die Antragstellerin auf eine Beschlussfassung hierzu verzichtet hat.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 2 -

**10.1. Bauvorhaben zur Errichtung eines Altenpflegeheimes an der Königstraße - Sachstand?
- Anfrage Frau Stippe Kohl**

Frau Stippe Kohl bittet die Verwaltung im Namen der CDU-Fraktion darum zu recherchieren und zu berichten, wie weit die Vorbereitungen für das Bauvorhaben zur Errichtung eines Altenpflegeheimes an der Königstraße inzwischen gediehen sind und wann mit einer Aufnahme der Bautätigkeit zur Ausführung des Vorhabens zu rechnen ist.

**10.2. Mangelhafter Zustand der Denkmäler im Stadtpark
- Mitteilung Herr Beinersdorf**

Herr Beinersdorf kritisiert den nach seinen Beobachtungen mangelhaften Zustand der Denkmäler im Stadtpark. Zum Teil seien die Denkmäler mit Farbschmierereien verunstaltet, teilweise sei aber auch die Bausubstanz angegriffen und beschädigt. So sei etwa an einigen Stellen des „Märzgefallenen-Denkmal“ Fugenmörtel herausgefallen, so dass Feuchtigkeit in die offenen Fugen eindringen und hier – so seine Befürchtung – auf Dauer weitaus größere Schäden verursachen könne.

Herr Beinersdorf fordert deshalb die Verwaltung an dieser Stelle mit Nachdruck auf, hier umgehend tätig zu werden und die Denkmäler wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen und sie vor ihrem Verfall zu bewahren.

**10.3. Bebauungsplan Nr. 566 - Gebiet östlich Büchelstraße, nördlich und südlich Baumschulenweg; hier: Realisierung?
- Anfrage Herr Mähler**

Herr Mähler richtet die Frage an die Verwaltung, ob ihr neue Erkenntnisse darüber vorliegen, wann mit einer Umsetzung der Planung des Bebauungsplanes Nr. 566 für das Gebiet östlich Büchelstraße, nördlich und südlich Baumschulenweg gerechnet werden kann.

Herr Denstorff stellt hierzu fest, dass die für die Erschließung des Bebauungsplangebietes benötigten, in Privateigentum liegenden Flächen nach wie vor nicht verfügbar seien.

**10.4. Straßenausbaumaßnahmen Ringstraße und Verkehrsknotenpunkt Trecknase; hier: Ausweichroute über Buchholzer Weg / Buchholzen
- Anfrage Herr Mähler**

Herr Mähler berichtet, dass sich Anwohner des Buchholzer Weges und der Ortschaft Buchholzen in einem ihm in Durchschrift vorliegenden Schreiben an den Oberbürgermeister darüber beklagt hätten, dass schon heute viele Fahrzeuge den Buchholzer Weg befahren würden, wodurch bestimmte Gefahrenstellen entstanden seien. Nachdem jetzt die Bautätigkeit zum Straßenausbau der Ringstraße aufgenommen worden sei und sich bekanntlich hieran der Um- und Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Trecknase anschließen werde müsse man – so die Befürchtung der Anwohner in ihren weiteren Ausführungen – davon ausgehen, dass diese Strecke demnächst und auch auf längere Sicht wohl von vielen als Ausweichroute ge-

wählt werden dürfte, wodurch der Verkehr hier noch deutlich zunehmen und sich die schon jetzt bestehende Gefahrensituation damit noch erheblich verschärfen dürfte

Vor diesem Hintergrund richtet Herr Mähler die Frage an die Verwaltung, ob und inwieweit ein Verkehrskonzept existiere, das auf die sich im Zuge der erwähnten Straßenausbaumaßnahmen ändernden Verkehrsführungen eingeht und das auch entsprechende Vorkehrungen trifft, die verhindern, dass Straßen, die für die Aufnahme zusätzlicher Verkehre nicht geeignet sind, von den Verkehrsteilnehmern gar nicht erst als Ausweichroute in Betracht gezogen werden.

Herr Denstorff nimmt zu der Anfrage Stellung und erklärt, dass ein Planungsbüro zurzeit damit befasst sei, die entsprechenden Bauzeitenpläne für besagte Baumaßnahmen zu erstellen. Bei der Ausarbeitung dieser Pläne seien neben einer zügigen und aufeinander abgestimmten Abwicklung der einzelnen Bauphasen auch eine verträgliche Verkehrsführung und die Vermeidung ungeeigneter Schleich- und Ausweichverkehre zu entwickeln.

11. Beschluss des Lärmaktionsplans der 2. Stufe für das Stadtgebiet Remscheid
Vorlage: 15/2256

Herr Mähler stellt nach Aussprache den Beschlussvorschlag der Verwaltung in der von ihr in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 – Süd am 27.04.2016 redaktionell korrigierten Fassung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/2256 beigefügten Anlagen – dies sind der Lärmaktionsplan (LAP) März 2016 mit Anlage Karte 1 kartierte Straßen DTV SLKW, Anlage Karte 2 Belastungsschwerpunkte, Anlage Karte 3 Ruhige Gebiete und Anlage Karte 4 Ruhige Gebiete LandschaftsNaturschutz sowie die Liste TÖB und eingegangene Stellungnahmen Offenlage Entwurf 2015 – werden als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 1 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1.

Der als Anlage 1 beigefügte Lärmaktionsplan für die Hauptverkehrsstraßen und –schienerwege im Stadtgebiet Remscheid wird beschlossen.

2.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Lärmschutzfensterprogramm gemäß Kapitel 5.1.2.1 des Lärmaktionsplans auszuarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

- 12. Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung – Bereich: Kratzberger Straße / Hohenbirker Straße**
- 1. Beschluss über die Aufstellung des Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung (gem. §§ 2 BauGB i.V.m. 13 BauGB)**
 - 2. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gem. §§ 3 (1) BauGB i.V.m. 13 (2) BauGB)**
 - 3. Verzicht auf frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gem. §§ 4 (1) i.V.m. 13 (2) BauGB)**
 - 4. Offenlagebeschluss (gem. §§ 3 (2), 4 (2) i.V.m. § 13 BauGB)**
Vorlage: 15/2153

Herr Uibel nimmt an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/2153 beigefügten Anlagen – dies sind ein Übersichtsplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereichs des Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung Bereich: Kratzberger Straße / Hohenbirker Straße, ein Ausschnitt aus dem Fluchtlinienplan K 17/I, der Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung sowie die Entwurfsbegründung zum Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung – werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Beschluss über die Aufstellung des Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung gemäß §§ 2 (1) i.V.m. 13 BauGB

Für den Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung Bereich: Kratzberger Straße / Hohenbirker Straße wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ist aus der in der Anlage beigefügten Plangrundlage zu entnehmen.

Die Aufstellung des Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung erfolgt im vereinfachten Verfahren. Mit der Aufstellung dieses Fluchtlinienplans sollen folgende städtebaulichen Ziele festgeschrieben werden:

Ein am Standort Kratzberger Straße ansässiger gewerblicher Betrieb muss um seine Betriebsabläufe zu optimieren seine Eingangs- und Anlieferzone verändern bzw. umbauen. Da für die Umgestaltung Flächenanteile aus dem Planbereich des Fluchtlinienplan K 17/I erforderlich sind, muss zuvor dieser Plan geändert werden.

Der Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung soll die planungsrechtliche Grundlage für den Ausbau der Eingangs- und Anlieferzone sein.

Ortsüblich bekannt gemacht werden soll:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung gemäß § 2 (1) BauGB,
- Der Hinweis, dass der Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll,
- Das nach § 2 der Bekanntmachungsverordnung NRW verfahren worden ist.

3. Verzicht auf frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 4 (1) i.V.m. 13 (2) BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung wird verzichtet. Da mit der 1. Änderung des Fluchtlinienplans K 17/I die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und die Änderung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 (2), 4 (2) i.V.m. §13 BauGB

Der Entwurf des Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung Bereich: Kratzberger Straße / Hohenbirker Straße wird mit der Entwurfsbegründung (siehe Anlage) für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind:

- der Offenlagebeschluss zum Fluchtlinienplan K 17/I 1. Änderung
- Ort und Dauer der Auslegung
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung des Bebauungsplanes unberücksichtigt bleiben können.
- Und, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

13. Bauvorhaben 00417-16-120 – Anbau einer Balkonanlage an ein Mehrfamilienwohnhaus in der Neuenkamper Straße 36 hier: Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 69 Vorlage: 15/2308

Herr Böker nimmt an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/2308 beigefügten Anlagen – dies sind die Antragsunterlagen zum Bauvorhaben für den Anbau einer Balkonanlage an ein Mehrfamilienwohnhaus in der Neuenkamper Straße 36 sowie ein Lageplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereichs der Veränderungssperre Nr. 69 – werden als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Für das Bauvorhaben 00417-16-120 – Anbau einer Balkonanlage an ein Mehrfamilienwohnhaus – wird gemäß § 14 (2) BauGB eine Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 69 zugelassen.

**14. Erhaltungssatzung für den Bereich Remscheid-Hasten, Teilbereich A; Hastener Straße 55;
Nutzungsänderung Einzelhandelsgeschäft in Pizzeria/Imbiss
Vorlage: 15/2262**

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/2262 beigefügten Anlagen – dies sind ein Übersichtsplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereichs der Erhaltungssatzung für den Bereich des Stadtteils Hasten sowie die Antragsunterlagen auf Nutzungsänderung von Ladenlokal Einzelverkauf in Schank- und Speisewirtschaft (Pizzeria/Imbiss) in der Hastener Straße 55 – werden als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Nutzungsänderung von Ladenlokal Einzelverkauf in Schank- und Speisewirtschaft (Pizzeria/Imbiss) in der Hastener Straße 55, Gemarkung Remscheid, Flur 27, Flurstück 58 gem. § 173 (1) BauGB positiv zu bescheiden.

**15. Rundwanderweg Eschbachtalsperre - Anfrage von Herrn Friese in der Sitzung am 23.02.2016
Vorlage: 15/2387**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**16. Durchführung einer Veranstaltung
hier: Nutzung des Jahnplatzes in Remscheid-Lennep zur Durchführung eines Schützenfestes (Kirmes und Trödelmarkt)
Vorlage: 15/2400**

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/2400 beigelegte Entwurf einer Nutzungsvereinbarung für den Jahnplatz in Remscheid-Lennep zur Durchführung einer Veranstaltung vom 17.08.2016 bis 23.08.2016 wird als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege stimmt dem Abschluss einer Nutzungsvereinbarung für den Jahnplatz in Remscheid-Lennep mit dem Lennep Schützenverein 1805 e.V. zur Durchführung eines Schützenfestes (Kirmes und Trödelmarkt) zu.

**17. Vermarktung der für ihre ursprünglich geplanten Zwecke nicht mehr benötigten städtischen Grundstücke – Anfrage von Herrn Paeslack
Vorlage: 15/2473**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

gez. _____
Ernst Otto Mähler
Vorsitzender

gez. _____
Hans-Ulrich Dattner
Schriftführer